

27/PET XXV. GP

Eingebracht am 17.10.2014

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Petition

Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein
Abgeordnete zum Nationalrat

An die
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures

Parlament
1017 Wien

Wien, am 16.10.2014

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

In der Anlage überreiche ich Ihnen gemäß § 100 Abs. 1 GOG-NR die Petition betreffend Verantwortung für behinderte und pflegebedürftige Menschen in Österreich.

Mit der Bitte um geschäftsordnungsmäßige Behandlung dieser Petition verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein

Anlage

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

www.parlament.gv.at

PETITION betreffend Verantwortung für behinderte und pflegebedürftige Menschen in Österreich

Die Sicherstellung einer menschenwürdigen und hochwertigen Pflege und Unterstützung für pflegebedürftige und behinderte Menschen in Österreich ist eine große Herausforderung. Dabei gilt der Grundsatz, dass die Selbstbestimmung im Vordergrund aller Maßnahmen stehen muss.

Österreich ist auf die Folgen der demographischen Entwicklung unzureichend vorbereitet. Die Politik denkt kurzsichtig in Legislaturperioden und hat es bisher hartnäckig verabsäumt, die notwendigen Weichenstellungen vorzunehmen. Immer mehr Gemeinden und Länder klagen über explodierende Kosten im Pflegebereich und auch die Ausgaben des Bundes für das Pflegegeld steigen trotz fehlender Wertanpassung und Inflationsverlusten für die Betroffenen von durchschnittlich rund 30 Prozent.

Diese Bundesregierung hält sich seit Jahren schadlos am Rücken der Ärmsten der Armen. Bereits 2011 wurde der Zugang zum Pflegegeld erschwert, was de facto einer Kürzung entspricht, eine weitere Erschwerung des Zuganges ist für 2015 geplant.

Die Freibeträge für behinderte Menschen wurden seit dem Jahr 1988 nicht erhöht und es liegt bereits ein Inflationsverlust von rund 60 Prozent vor. Gefordert ist daher eine automatische jährliche Wertanpassung der Freibeträge für behinderte Menschen.

Österreich investiert im Vergleich zu anderen Ländern relativ geringe Mittel in Langzeitpflege, rund 1,3 Prozent des BIP. Gleichzeitig schlagen sich die Kosten im Gesundheitssystem durch suboptimale Organisationsstrukturen mit rund 3 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich nieder.

Es ist daher dringend notwendig, endlich die von allen namhaften Gesundheitsökonomien vorgeschlagene Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einem Topf sicherzustellen und die Kosten für überzählige Akutbetten zugunsten der Geriatrieversorgung und der Pflege umzuschichten.

Denn in Österreich werden tausende pflegebedürftige Menschen in Akutbetten versorgt, weil die Strukturen für die Langzeitpflege und die Geriatrieversorgung unzureichend sind. Das verursacht zusätzliche Kosten, ohne den Betroffenen eine bessere Lebensqualität bieten zu können.

Eine echte Gesundheitsreform muss daher rasch in Angriff genommen werden. Um den Pflegebereich in Österreich künftig zu finanzieren, werden wir rund 3 Prozent des BIP für Langzeitpflege verwenden müssen. Das ist machbar, wenn wir die erforderlichen Weichenstellungen nun endlich vornehmen.

Daher fordert die unterzeichnende Abgeordnete die Bundesregierung auf, folgende Maßnahmen zum ehest möglichen Zeitpunkt umzusetzen:

- eine automatische jährliche Wertanpassung des Pflegegeldes an die Inflation,
- eine automatische jährliche Wertanpassung der Freibeträge für behinderte Menschen,
- eine echte Gesundheitsreform zur Finanzierung der Langzeitpflege.